

Ihr/e Gesprächspartner/-in:

Dr. Johann Kalliauer

Andrea Heimberger, MSc

Präsident der AK Oberösterreich

Direktorin der AK Oberösterreich

**Mehr Gerechtigkeit für Oberösterreich:
AK Forderungen an die Landespolitik**

Pressekonferenz

am 13. September 2021, 11 Uhr

in der Arbeiterkammer Linz, Volksgartenstraße 40

AK für eine Neuausrichtung der Landespolitik

Raus aus der Krise – mit Zukunftsinvestitionen und Verteilungsgerechtigkeit

Das Land muss verstärkt investieren und den Wohlstand gerecht umverteilen. Oberösterreich vernachlässigt es seit Jahren ausreichend zu investieren, um die öffentliche Vermögenssubstanz zu erhalten. Das geht zu Lasten der kommenden Generationen.

Arbeitsmarktpolitik aktiv gestalten

Die Landesregierung war bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu zögerlich und zu wenig ambitioniert. Wir brauchen eine kommunale Joboffensive, die den Namen tatsächlich verdient. Auch junge Menschen dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Pflege- und Gesundheitsbereich muss zukunftsfit werden

Wenn nicht endlich zügig gehandelt wird, fehlt uns künftig dringend benötigtes Personal. Im Pflege- und Krankenhausbereich wirkt sich der Personalmangel unmittelbar auf die Betreuung aus. Die Appelle für eine umfassende Aufwertung von Pflegeberufen dürfen von der künftigen Landesregierung nicht mehr ignoriert werden.

Sozialhilfe muss Armut verhindern

Die Sozialhilfe ist gänzlich zu reformieren. Zusätzliche armutsbekämpfende Maßnahmen sind unerlässlich, denn über zehn Prozent des Oberösterreicher/-innen sind armutsgefährdet. Sozialhilfe muss Armut verhindern und nicht verstärken.

Wohnen muss leistbar werden

Wohnen ist ein Grundrecht und die Landesregierung ist gefordert, den Menschen dieses zu gewähren und finanziell zu ermöglichen. Die AK fordert die Schaffung von mehr leistbarem Wohnraum und weitere Maßnahmen, wie etwa die Einführung des Wohnbonus

Kinderbetreuung ausbauen – Chancengleichheit garantieren

Für mehr Chancengleichheit und zur Entlastung der Eltern muss die Kinderbetreuung umfassend ausgebaut werden: ganztägig und gratis. Die Arbeitsbedingungen sind dringend zu verbessern. Oberösterreich hat hier massiven Aufholbedarf.

Bildung darf kein Privileg sein

Die Landesregierung sollte lebensbegleitendes Lernen ermöglichen und unterstützen und nicht durch Kürzungen erschweren.

Investitionen und Verteilungsgerechtigkeit – für mehr Zukunftschancen

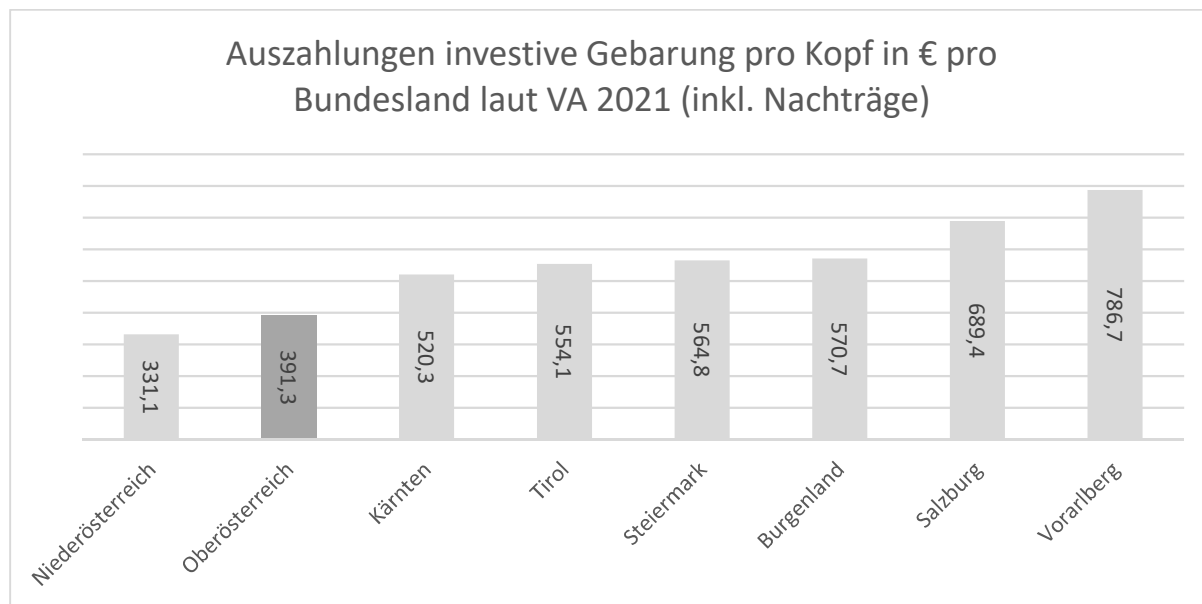
Viele Menschen haben immer noch finanzielle Probleme wegen der Corona-Krise, die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter aufgegangen. Wohnen ist für viele Oberösterreicher/-innen immer schwerer leistbar. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt auf Rekordniveau. Im Bildungsbereich und beim Kinderbetreuungsangebot zeigen sich Defizite, die es zu beseitigen gilt. Dazu gilt es, die soziale und ökologische Transformation im Kampf gegen die Klimakrise zu bewältigen.

Die Herausforderung für die nächste Landesregierung ist, zusätzliche Mittel dort einzusetzen, wo Synergien genutzt werden können. Das erfordert eine gänzliche Neuausrichtung der Budgetpolitik des Landes OÖ. Gerade was die soziale und ökologische Transformation der oberösterreichischen Industrie betrifft, wird es notwendig sein, alle Akteure/-innen ins Boot zu holen. Es gilt, die besten Ideen zu finden und so Treffsicherheit zu gewährleisten. Arbeitnehmer/-innen müssen dabei immer im Fokus stehen – und zwar nicht nur aus der Gerechtigkeitsperspektive und weil die Ungleichheit in der Krise massiv gestiegen ist, sondern vor allem auch, weil Ungleichheit Gift für die Entwicklung einer Volkswirtschaft und für die Demokratie ist.

Eine IFES-Befragung zeigt deutlich, dass die oberösterreichischen Arbeitnehmer/-innen eine Kürzungspolitik und einen öffentlichen Sparzwang klar ablehnen. Sie wünschen sich mehr Investition in den Bereichen Pflege und Betreuung, Gesundheit, Verkehr, Wohnen, Klimaschutz sowie für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Oberösterreich liegt mit seinem bisherigen Investitionskurs schon jetzt weit hinten. Im konsolidierten Voranschlag des Landes für 2021 waren für Investitionen rund 390 Euro pro Kopf vorgesehen. Nur Niederösterreich investierte mit etwas

mehr als 330 Euro pro Kopf noch weniger. Der Bundesländerschnitt (ohne Wien) liegt bei 551 Euro.



Quellen: Landesvoranschläge der Bundesländer 2021 (Ausgaben investiver Gebarung) pro Wohnbevölkerung am Stichtag 1.1.2021 (Statistik Austria 2021), eigene Berechnung, eigene Darstellung. Landesvoranschläge entweder konsolidiert (OÖ & NÖ) oder im November/Dezember 2020 beschlossen (Kärnten, Burgenland, Steiermark & Vorarlberg); Tiroler Voranschlag stammt aus 2019; nicht konsolidiert, ohne Nachtrag.

Aufgrund des seit Jahren verhaltenen Investitionskurses, konnte Oberösterreich sein öffentliches Vermögen nicht einmal wertmäßig sichern. Laut Landesrechnungshof verringerte sich das Nettovermögen des Landes im Jahr 2020 um 157,3 Millionen Euro, weil die Abschreibungen wertmäßig größer als die Neuinvestitionen waren. Zukunftsherausforderungen proaktiv anzugehen gestaltet sich so geradezu unmöglich.

Zahl der (Langzeit-)Arbeitslosen verringern

Nur wenige Betriebe, die angeblich „händeringend“ Personal suchen, sind bereit, älteren Menschen und Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder unzureichenden Qualifikationen eine Chance zu geben. Da die Landespolitik ein rechtzeitiges Gegensteuern während der Corona-Pandemie verabsäumt hat, hat sich die Arbeitslosigkeit bei diesen Gruppen zunehmend verfestigt. Die Langzeitarbeitslosigkeit und die dauerhafte Ausgrenzung von Menschen am Arbeitsmarkt sind zum zentralen Problem in Oberösterreich geworden. Hier gegenzusteuern muss oberste Priorität haben. Das im Frühjahr angekündigte RESTART-Programm ist ein erster, wenn auch verspäteter Schritt, der jedenfalls noch einige

Anpassungen benötigt. Aufgrund der Konstruktionsfehler passt das Angebot für die wenigsten Gemeinden, sodass die angepeilten 1.000 Arbeitsplätze nicht erreicht werden.

Ebenso problematisch ist, dass nach wie vor nicht einmal 30 Prozent der Unternehmen die Einstellverpflichtung für beeinträchtigte Arbeitnehmer/-innen erfüllen. Der überwiegende Teil stiehlt sich mit der Bezahlung der viel zu niedrigen Ausgleichstaxe aus der Verantwortung. Wenn die Politik dieses Verhalten der Unternehmen toleriert, muss sie den beeinträchtigten Menschen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Um die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen voranzubringen, muss das Land OÖ daher das Angebot an geschützten bzw. geförderten Arbeitsplätzen für behinderte Menschen ausbauen.

Angesichts des Strukturwandels, der Digitalisierung und der ständig steigenden Anforderungen an die Arbeitnehmer/-innen muss das Land Oberösterreich lebensbegleitendes Lernen stärker fördern. Die Kursförderungen im Rahmen des OÖ Bildungskontos wurden für Arbeitnehmer/-innen in den letzten Jahren sukzessive gekürzt. Zum Beispiel wurde für ungelernete Arbeitnehmer/-innen die Förderung des Kran- und Staplerführerscheins sogar von 70 auf 30 Prozent der Kurskosten reduziert.

Perspektiven für die Jugend

Auch wenn mittlerweile viele Jugendliche wieder einen Job oder eine Lehrstelle gefunden haben, sind junge Menschen mit starken Unsicherheiten am Arbeitsmarkt konfrontiert. Die Klagen der Unternehmer, es gäbe zu wenig geeignete Bewerber/-innen für die angebotenen Lehrstellen, lenkt davon ab, dass etliche Jugendliche vergeblich eine Lehrstelle bzw. einen Ausbildungsplatz suchen. Oft, weil sie ganz einfach keine Chance bekommen zu zeigen, dass ihre Schulnoten oder Schulprobleme nichts über ihre Talente und Fähigkeiten aussagen. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, Jugendliche beim Start ins Berufsleben im Stich zu lassen. Die überbetriebliche Lehrausbildung, Produktionsschulen und Arbeits- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche sind daher wichtiger denn je. Ebenso braucht es eine rasche Erweiterung der Kapazitäten im Bereich der kostenlosen psychologischen und psychotherapeutischen Angebote.

Auch im schulischen Bereich laufen manche Jugendliche Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Nur knapp drei von zehn Kindern von der Vorschule bis zur 8. Schulstufe haben derzeit einen Platz in einer Ganztagschule, einer Nachmittagsbetreuung oder einem Hort. Echte, verschränkte Ganztagschulen mit einem qualitätsvollen Angebot von Förderung, Unterricht, Freizeit und Sport sind in Oberösterreich nach wie vor selten – das verstärkt soziale Benachteiligungen.

Angebot und Qualität der Kinderbetreuung ausbauen

Einer immer flexibler werdenden Arbeitswelt stehen in Oberösterreich zu wenig vollzeittaugliche Plätze mit starren Öffnungszeiten gegenüber. Oberösterreich hinkt beim Ausbau der Betreuungsplätze, die den Eltern eine Vollzeittätigkeit ermöglichen, allen anderen Bundesländern hinterher und gehört zu jenen Bundesländern, die im Schul- und Kindergartenjahr 2020/21 in den Kindertagesheimen die meisten Schließtage (OÖ: 26,8, Ö: 20,5) hatten. Die überfallsartige Einführung der Elternbeiträge in der Nachmittagsbetreuung im Jahr 2018 traf Alleinerziehende besonders hart.

Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist eine qualitätsvolle Kinderbildung und -betreuung kaum möglich. Nicht einmal zwei von zehn Beschäftigten haben ausreichend Zeit für Bildungsaufgaben, für die individuellen Bedürfnisse der Kinder, für Kinder mit besonderem Förderbedarf oder für Kinder deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Häufig sind einzelne Beschäftigte alleine für Gruppen mit bis zu 25 Kindern verantwortlich, was Auswirkungen auf die Betreuungssicherheit und -qualität für die Kinder und schwerwiegende Belastungen für die Beschäftigten zur Folge hat. Außerdem fehlen zeitliche Ressourcen außerhalb der Gruppenarbeit, um qualitative Bildungsarbeit vor- und nachzubereiten, ebenso wie die Zeit für Leitungs- und administrative Aufgaben in den Einrichtungen.

Krankenhäuser und Pflege stärken

Gesundheitsversorgung und Pflege sind die Top-Themen der oberösterreichischen Arbeitnehmer/-innen – nichts ist ihnen laut einer aktuellen IFES-Umfrage wichtiger. Fast die Hälfte der Befragten erwartet sich von der Landespolitik Investitionen in diesen Bereichen. Unzufriedenheit herrscht sowohl beim Leistungsangebot in

der Langzeitpflege als auch bei den Arbeitsbedingungen im gesamten Pflege- und Gesundheitsbereich.

Die Familie ist der „Pflegedienst der Nation“, denn 75 Prozent aller Menschen in Österreich zählen im Bedarfsfall auf die Unterstützung ihrer Angehörigen. Die derzeitigen professionellen Angebote reichen nicht annähernd, um den steigenden Bedarf zu decken. Zusätzlich erschweren Selbstbehalte den Zugang zu Mobilien Diensten und Kurzzeitpflege. Die Einrichtung regionaler Anlaufstellen, die Betroffene bei der Bedarfsfeststellung bis zur Organisation des geeigneten Versorgungsangebotes entlasten, muss daher so schnell wie möglich flächendeckend erfolgen.

Oberösterreich braucht in Zukunft dringend noch mehr Pflegekräfte – im Krankenhaus und in der Langzeitpflege. Eine steigende Lebenserwartung auf Seiten der zu Pflegenden, aber auch die Tatsache, dass bis 2030 rund 30 Prozent der Beschäftigten in Pension gehen werden, verschärfen die Situation. Alleine in der Langzeitpflege (Heime und Mobile Dienste) fehlen laut Land OÖ bis 2025 – vorsichtig geschätzt – 1.600 Dienstposten (Vollzeit). Bis 2030 werden in den OÖ Krankenhäusern 6.025 Pflegekräfte zusätzlich benötigt (Gesundheit Österreich GmbH, 2021). Mehr Dienstposten zur besseren Arbeitsgestaltung sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Bei den im Herbst startenden Ausbildungen können nicht einmal alle vorhandenen Ausbildungsplätze belegt werden.

2020 wurde nach zehn Jahren die Spitalsreform abgeschlossen. Im Zuge der Reform wurden 800 Betten abgebaut. Der Hauptfokus dabei war die Effizienzsteigerung. So wurden um zehn Prozent mehr Betten abgebaut als in der Zielformulierung 2011 ursprünglich beschlossen worden war. Die Bedürfnisse der Patienten/-innen und Beschäftigten wurden dabei viel zu wenig berücksichtigt. Im Fokus stehen derzeit Ankündigungen von Optimierungen in den Arbeitsabläufen und Digitalisierungsoffensiven. Die Kritik, dass die Beschäftigten die steigenden Aufgaben nicht mehr bewältigen können, verhallt ungehört. Alleine 2020 haben die Beschäftigten in den Krankenhäusern der Landesholding (Kepler Uniklinikum und Regionalkliniken) ein Zeitguthaben von 1.102.189 Stunden (Überstunden und Urlaube) aufgebaut. Neben den vorgeschlagenen – teils kosmetischen – Maßnahmen, wie Patientenmanagement usw. braucht es rasch massive Anstrengungen, um mehr

Menschen für Pflege- und Gesundheitsberufe zu gewinnen und diese auch nachhaltig und gesund im Krankenhaus beschäftigt zu halten.

Sozialhilfe muss Armut verhindern

Laut Statistik Austria sind derzeit in Oberösterreich rund 156.000 Menschen bzw. elf Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Darunter befinden sich 40.000 Kinder und Jugendliche bis 19 Jahren. Umso mehr ist es bedauerlich, dass die neue Sozialhilfe in Oberösterreich, die seit 1.1.2020 in Kraft ist und auf dem Sozialhilfegrundgesetz der türkis-blauen Regierung beruht, im Gegensatz zur vormaligen Mindestsicherung Armut zunehmend verschärft und nicht lindert. Im Jahr 2020 waren rund 17.600 Menschen (inkl. Kinder) auf diese Leistung in Oberösterreich angewiesen.

Die größten Problemlagen im Bereich der Sozialhilfe in Oberösterreich sind vor allem die viel zu geringen Leistungen für Mehrkinderfamilien, die gänzliche Anrechnung der Wohnbeihilfe und des Pflegegeldes, wenn keine entsprechenden Pflegeaufwendungen belegt werden können. Auch dass es keine explizite Freibetragsregelung für „kleine Einkommen“ im Rahmen von sozialen Einrichtungen (z.B. „Taschengeld“ im Rahmen einer fähigkeitsorientierten Aktivität) gibt, ist problematisch. Darüber hinaus sind subsidiär Schutzberechtigte von der Sozialhilfe gänzlich ausgeschlossen.

Faire Wohnpolitik als Basis für ein würdiges Leben

Wohnen ist für viele Menschen immer schwerer leistbar, da die Mietkosten stärker steigen als die Einkommen. Seit 2010 sind die durchschnittlichen Nettomieten in Oberösterreich um fast 30 Prozent gestiegen. Auch während der Covid-19-Pandemie waren besonders kräftige Preissteigerungen bei Mietwohnungen, Eigenheimen und Baukosten zu verzeichnen. Die Verteuerung von Energie wirkt sich ebenso kostensteigernd auf die Wohnkosten bzw. auf die Betriebskosten aus. Die Wohnkosten werden laut Statistik Austria von 63 Prozent der oberösterreichischen Haushalte als Belastung empfunden, besonders von alleinerziehenden Frauen und Männern.

Trotz steigender Wohnkosten wird vom Land OÖ zu Lasten der Betroffenen gekürzt: Während im Jahr 2010 z.B. für Wohnbeihilfe noch rund 85 Millionen Euro

verwendet wurden, waren es im Jahr 2020 nur mehr 52 Millionen Euro. Auch die Zahl der Wohnbeihilfe-Beziehenden sank in diesem Zeitraum von rund 37.000 auf nur mehr rund 24.600 im Jahr 2020.

Forderungen der AK Oberösterreich

Investieren statt Zukunft einsparen

1. Ein umfassendes Investitionsprogramm für mehr Chancen und bessere Lebensqualität in Oberösterreich. Dabei müssen die Gemeinden finanziell unterstützt werden, um Investitionen tätigen und Lebensräume qualitativ erhalten bzw. ausbauen zu können: Pflege, Klimaschutz, Bildung, Breitband-Internet usw.
2. Mehr Transparenz und Kontrolle von Unternehmens- und Wirtschaftsförderungen. Ein erster Schritt wäre eine Veröffentlichungspflicht von Landtagsanfragen.
3. Sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels (Klimakrise, Digitalisierung) unter aktiver Miteinbeziehung von Sozialpartnern und Wissenschaft. Erarbeitung einer Landesstrategie für einen sozial-ökologischen Umbau in der Industrie mit proaktiven Hilfen für Arbeitnehmer/-innen und Betriebe.

Mobilität stärken

4. Großzügige Finanzierungsbeteiligung des Landes für den weiteren Ausbau des OÖ S-Bahn-Systems (S 6 Mühlkreisbahn und S 7 Stadtbahn Linz-Gallneukirchen).
5. Ausbau des Angebotes an Park-and-Ride-Anlagen, die den Umstieg auf die Hauptlinien von Bus und Bahn erleichtern, sowie mehr sichere Radwege abseits der Hauptstraßen.

Arbeitslosen Menschen Perspektiven schaffen

6. Praxistaugliche Ausgestaltung des RESTART-Programms für Gemeinden und Ausdehnung auf weitere gemeinnützige Einrichtungen sowie Verdoppelung der Plätze in sozialökonomischen Betrieben.
7. Vielfältige, passende Unterstützungsangebote für Jugendliche, die Schwierigkeiten beim Eintritt ins Berufsleben haben, insbesondere für jene, die keinen Ausbildungsplatz bekommen.

8. Ausbau der (geschützten) Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Arbeitnehmer/-innen

Kinderbetreuung endlich verbessern

9. Abschaffung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung.
10. Die Einführung eines zweiten verpflichtenden und kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder und einen Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der 8. Schulstufe.
11. Nachhaltige finanzielle Sicherstellung für Kinderbetreuungseinrichtungen, gekoppelt mit einer zielgerichteten, verpflichtenden, zeitgerechten und professionellen Bedarfserhebung in den oberösterreichischen Gemeinden und Bezirken.
12. Eine Investitionsoffensive und eine Ausbildungsoffensive, um fehlende Personalressourcen langfristig abzudecken. Mindestens 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze sind zu schaffen. Diese sind nötig, um zu garantieren, dass das Barcelona-Ziel und die VIF-Kriterien erfüllt werden können und der Personal-Kind-Schlüssel im Sinne einer qualitätsvollen Bildung und Betreuung gesenkt werden kann. Dringend braucht es Maßnahmen um pädagogische Assistenten/-innen höher zu qualifizieren und Durchlässigkeit zwischen den Berufsgruppen zu schaffen. Hierfür muss das AMS und das Land OÖ eine Qualifizierungsoffensive starten.
13. Die OÖ Landesregierung muss sich dringend für einen Ausbau der Standorte und Ausbildungsplätze der Bundesbildungsanstalten für Elementarpädagogik und ihren Kollegs einsetzen.
14. Finanzielle Unterstützung der Gemeinden durch des Land Oberösterreich, um das bundesweite Ziel, bis 2022 für 40 Prozent der Schüler/-innen im Pflichtschulalter einen Betreuungsplatz in einer Schule oder in einem Hort sicherzustellen, zu erreichen.
15. Einen Rechtsanspruch für Eltern in Oberösterreich, ihre Kinder bei individuellem Bedarf in einer verschränkten Ganztagschule unterzubringen.

Bildung in Oberösterreich mehr Priorität geben

16. Die AK unterstützt Initiativen für neue Wege in der Bildungspolitik, insbesondere das Konzept 6+3 für die bessere Bewältigung der

Betreuungsaufgaben in den Ferien. Nach sechs Wochen Sommerferien haben Eltern die Möglichkeit und einen Rechtsanspruch, ihre Kinder in eine Sommerschule am Schulstandort zu geben. Es steht ihnen frei, ob sie das Angebot in Anspruch nehmen oder nicht.

17. Einen Ausbau der OÖ Schulveranstaltungshilfe, um allen Kindern und Jugendlichen Gemeinschaftserlebnisse und Bewegung zu ermöglichen.
18. Studiengebühren für die OÖ Fachhochschule streichen.
19. Ausbau des OÖ Bildungskontos auf die ursprüngliche Förderhöhe von 50 Prozent bzw. bei ungelernten Arbeitnehmern/-innen auf 70 Prozent der Kurskosten.

Applaus für die Pflege reicht nicht

20. Massiver Ausbau des Versorgungsangebotes an professioneller Pflege und Betreuung, Abschaffung der privaten Kostenbeteiligungen für mobile Dienste und Tageszentren (Deckelung der Kosten mit der Höhe des Pflegegeldanspruchs). Schaffung staatlicher Erstanlaufstellen, die Bedarfsprüfung, Koordinierung und Organisation der Pflege und Betreuung daheim übernehmen.
21. Einrichtung einer landesweiten Strategieguppe mit dem Fokus „Arbeitsbedingungen, Personalmangel und Ausbildungsinitiative“.
22. Personalaufstockung für alle Berufsgruppen in der Gesundheit und Pflege mit durchschnittlich 20 Prozent, massiver Ausbau der Unterstützungsberufe in Krankenhäusern und Altenheimen zur Entlastung der Pflege.
23. Einführung eines Qualifizierungsgeldes für alle Gesundheitsberufe und Ausbau der Standorte und Angebote für Pflegeausbildung an OÖ Berufsbildenden Höheren Schulen.

Armut in Oberösterreich aktiv verhindern

24. Eine einheitliche Sozialhilfe in Form eines stabilen armutsfesten Sicherungsnetzes. Armutsfeste Leistungen für Kinder müssen sowohl im Grundgesetz, als auch auf Länderebene verankert werden. Keine Anrechnung der Wohnbeihilfe und des Pflegegeldes und somit Erhöhung der monetären Leistung. Einführung eines spürbaren Freibetrags für „kleine Einkommen“ z.B. Taschengeld in sozialen Einrichtungen.

25. Jedes Kind ist gleich viel wert und muss eine soziale Sicherung erhalten. Es muss daher ein einheitlicher Richtsatz von 25 Prozent pro Kind gelten.

Wohnen ist Menschenrecht

26. Das Land soll die Einführung eines steuerlichen Wohnbonus unterstützen.
27. Umfassende Reform der Wohnbeihilfe: Rund ein Drittel der anspruchsberechtigten Haushalte beantragt die Wohnbeihilfe nicht. Betroffene müssen einen Rechtsanspruch auf diese Leistung erhalten, die Berechnung muss modernisiert und der Zugang bzw. die Antragstellung erleichtert werden.
28. Das Land muss deutlich mehr Fokus auf die Schaffung von ausreichendem und leistbarem Wohnraum legen, um die gestiegene Nachfrage nachhaltig zu decken. Klimaschutz und sozialer Wohnbau müssen dabei Hand in Hand gehen. Wir fordern den vollen Ersatz der Kosten, die den Bauträgern im sozialen Wohnbau durch die Erfordernisse des Klimaschutzes entstehen (thermische Sanierung, klimaneutrale Baustoffe und Heizungsanlagen usw.).
29. Maßnahmen gegen preistreibende Spekulationen mit Wohnraum, Grund und Boden.